

Eure Majestäten,  
Eure Königlichen Hoheiten,  
Herr Präsident,  
Mitglieder des schwedischen Reichstags!

Eine Welle des Terrors hat in den letzten Jahren die Welt erschüttert.

Eine globale Einsicht hat sich herangebildet. Alle demokratischen Staaten müssen zusammenarbeiten, um eine demokratische, sichere und offene Gesellschaft zu bewahren.

Das entsetzliche Attentat gegen Kinder und Erwachsene in der Schule Nummer eins in Beslan, Nordossetien, hätte das nicht deutlicher zeigen können. Schweden wird die Initiative ergreifen, um in internationaler Zusammenarbeit das Bewusstsein um die Schutzlosigkeit und damit den Schutzbedarf von Kindern in Konfliktsituationen zu erhöhen.

Der internationale Kampf gegen den Terrorismus soll mit Respekt vor dem Völkerrecht und den Menschenrechten betrieben werden. Die Prinzipien des Rechtsstaates sollen gewahrt werden. Wir brauchen eine starke UNO, um den globalen Herausforderungen unserer Zeit entgegenzutreten. Die Reformbemühungen des Generalsekretärs haben unsere volle Unterstützung.

Die Kapazität Schwedens, zu friedlichen Lösungen regionaler Konflikte beizutragen, wird gestärkt. Unsere langfristige Arbeit für Frieden im Nahen Osten wird intensiviert. Das Ziel ist ein Israel innerhalb von sicheren und anerkannten Grenzen, und ein Palästina, das mit Demokratie und in Freiheit gebaut wird. Die UNO eine zentrale Rolle erhalten beim Wiederaufbau eines Irak, frei von Krieg und Despotie.

Schweden ist militärisch bündnisfrei. Die Umstellung der Verteidigung setzt fort, ruhend auf dem Vorschlag des Verteidigungsausschusses und einer allgemeinen Wehrpflicht.

Im Frühjahr 2005 wird Schweden Gastgeber sein für eine Tagung der Nato und deren Partnerländern über internationales Krisenmanagement. In kommenden Jahren wird Schweden seiner Verantwortung gerecht werden, eine multinationale schnelle Einsatztruppe in der Regie der EU zu stellen mit dem Auftrag, humanitäre Katastrophen zu verhindern. Schweden wird sich weiterhin aktiv engagieren in den konfliktvorbeugenden und friedensbewahrenden Einsätzen der UNO und der EU auf dem Balkan, in Afghanistan und in Westafrika.

Schweden soll sich in der vordersten Linie befinden beim Einsatz gegen Völkermord, Massenmord und ethnische Säuberung. Die Regierung wird eng zusammenarbeiten mit dem Generalsekretär der UNO und dem Sonderberater des Generalsekretärs zur Verhütung von Völkermord, der als konkretes Resultat von Stockholms Internationalem Forum ernannt wurde. Die Übergriffe in Darfur müssen aufhören und die lange, schmerzzerfüllte Reise zu Frieden, Sicherheit und Versöhnung muss angetreten werden.

Der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Asien, insbesondere in China, wird erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Der Dialog mit Brasilien, Indien und Südafrika wird vertieft.

In Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern wird die Regierung ihre Bemühungen verstärken, damit mehr Länder die Konventionen der ILO ratifizieren.

Die Möglichkeit schwedischer Jugendlicher, sich an der internationalen Entwicklungsarbeit zu beteiligen, soll verbessert werden. In Zusammenarbeit mit der EU und der UNO wird ein Projekt eingeleitet.

Schweden ist einer der Staaten auf der Welt, der die umfangreichste Entwicklungshilfe leistet. Das Einprozentziel werden wir in der Legislaturperiode erreichen. Mehr Entwicklungshilfe bringt mehr Möglichkeiten.

Trotz einer phantastischen Entwicklung im medizinischen Bereich herrscht mangelnder Zugang zu Arzneimitteln und Behandlung, was den Verlust von Millionen Menschenleben in den ärmsten Ländern der Welt zur Folge hat.

Ein neuer kraftvoller schwedischer Einsatz in der Entwicklungshilfe mit Schwerpunkt auf Forschung, Behandlung und Vorbeugung von Krankheiten wie HIV/Aids, Masern, Tbc und Malaria wird initiiert. Eine erweiterte Partnerschaft wird zwischen Schweden und Ländern, in denen die Krankheiten hart zuschlagen, und mit anderen Akteuren eingeleitet. Universitäten und Arzneimittelindustrie werden aufgefordert, daran mitzuwirken.

\*\*\*

Herr Präsident!

*Die Regierung, die heute antritt, wird vor schwierigere Probleme und größere Herausforderungen gestellt als je eine frühere schwedische Regierung in moderner Zeit.*

Das waren die Worte von Ministerpräsident Ingvar Carlsson, als er vor zehn Jahren an dieses Pult trat und seine Regierungserklärung abgab.

Seine Worte bezogen sich auf die Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit, die Schweden lähmten.

Ein Jahrzehnt später kann ich konstatieren: Wir müssen bis in die 60er Jahre zurückgehen, um eine Lage zu finden, wo Schweden einer beginnenden Hochkonjunktur in einer ähnlichen Stärkeposition entgegentritt.

Nach einer langwierigen internationalen Konjunkturflaute nimmt das Wachstum beträchtlich zu. Der Arbeitsmarkt funktioniert viel besser als vor zehn Jahren. Der Export steigt kräftig an. Investitionen und privater Konsum wachsen. Die Leistungsbilanz ist stark. Inflation und Zinsen sind stabil niedrig. Die öffentlichen Finanzen sind stark. Das Saldoziel liegt fest. Das Ausgabenlimit soll erreicht werden.

Die unmittelbare Herausforderung vor die sich die Regierung gestellt sieht, ist dafür zu sorgen, dass der Arbeitsmarkt mit dem Wachstum Schritt hält, so dass die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden kann. Gleichzeitig müssen Verknappungen vermieden werden. Eine Abwägung ist schwierig.

Das ist der Hintergrund zu dem kraftvollen Einsatz, der jetzt gerichtet dem Kommunensektor zuteil wird. Die Anzahl Beschäftigte in Schule und Vorschule soll erhöht werden. Das Personal im Pflege- und Fürsorgesektor soll beibehalten werden können, auch in Kommunen und Provinziallandtagen mit einer angestregten finanziellen Lage. Das Risiko eines Arbeitskraftmangels im öffentlichen Sektor bei einem Konjunkturaufschwung wird abgebaut. Die Wohlfahrt wird gestärkt. Gleichzeitig erfolgt eine Verbesserung der Kaufkraft der Haushalte.

Wenn nichts Dramatisches in unserer Umwelt geschieht das zu einem Konjunkturereinbruch führt, ist in den nächsten Jahren der Raum für Reformen für Sicherheit und Gerechtigkeit gut.

In einigen Tagen wird ein starker Reformhaushalt vorgestellt, ausgearbeitet zusammen mit der Linkspartei und der Umweltpartei. Damit ist das 121-Punkteprogramm, das der Zusammenarbeit zu Grunde liegt, auf dem Wege erfüllt zu werden.

\*\*\*

Herr Präsident!

Ich möchte, dass Schweden ein Land ist, in dem Geborgenheit und Wohlfahrt allen zugute kommt, nicht nur einigen.

Aber in unserem Land gibt es immer noch Unterschiede in bezug auf Gesundheit und Zugang zu Ausbildung, die sich nicht anders als durch sozialen Hintergrund erklären lassen.

Unterschiede in bezug auf Arbeitsbedingungen und Teilhabe, die sich nicht anders als durch ethnischen Hintergrund erklären lassen.

Unterschiede in bezug auf Lohn und Macht, die sich nicht anders als durch Geschlechtszugehörigkeit erklären lassen.

Ein hundertjähriger Kampf gegen die Klassengesellschaft hat die Unterschiede nicht beseitigen können.

Neue Ungerechtigkeiten entstehen, wenn die alten berichtigt werden.

Das Streben nach Solidarität und Gerechtigkeit muss ständig weitergehen.

Ohne diese Analyse ist jedes Programm für ein besseres Schweden wirkungslos.

Mit dieser Analyse werden die Arbeitsaufgaben der kommenden Legislaturperiode deutlich.

Die Regierung bündelt nun ihre Kräfte auf drei Gebieten:

### **Erstens: Pflege, Schule und Fürsorge – Grundpfeiler der Wohlfahrt**

Die internationale Konjunkturlaute hat zu großen finanziellen Belastungen in Kommunen und Provinziallandtagen geführt. Die Regierung führt deshalb einen kraftvollen Einsatz in den Kommunen durch. Kommunen und Provinziallandtage erhalten bereits in diesem Jahr 1,5 Milliarden Kronen mehr als ursprünglich beschlossen. Im nächsten Jahr erhalten Kommunen und Provinziallandtage über zehn Milliarden mehr als dieses Jahr. 2006 wird das Niveau weiter angehoben.

Wenige Werkzeuge verteilen so effektiv die Ressourcen der Gesellschaft wie die allgemeine Wohlfahrt – gleich für alle, verteilt nach Bedarf, bezahlt nach Können. Deshalb sollen Krankenhäuser ohne privates Gewinninteresse betrieben werden. Keine öffentlich finanzierte Krankenpflege soll privaten Versicherungspatienten vorrangige Behandlung gewähren. Ein neues kommunales Lastenausgleichssystem wird beschlossen. Eine Überprüfung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen erfolgt.

Eine nationale Pflegegarantie für alle Behandlungen wird nächstes Jahr eingeführt. Eine kräftige Stärkung der psychiatrischen Pflege wird gleichzeitig eingeleitet. Für eine verstärkte Behindertenpolitik wird eine neue Struktur der Behörden vorgeschlagen. Die Verkaufsmonopole für Arzneimittel und Alkohol werden verteidigt.

Die Regierung wird zusammen mit dem Gemeindeverband, dem Provinziallandtagsverband und den betroffenen Gewerkschaften dafür arbeiten, die Berufe in Pflege und Fürsorge attraktiver zu machen. Die

Geborgenheit unserer Senioren wird in hohem Maße bestimmt durch die Behandlung und die Fürsorge, die ihnen zuteil wird. Es ist entscheidend für die Wohlfahrt, das Können des Personals auszunutzen und ihm gute Möglichkeiten zur Weiterentwicklung zu bieten. Deshalb wird ein mehrjähriges nationales Programm für das Personal in der Altenfürsorge eingeleitet.

Die Wohnungszulage für die am schlechtesten gestellten Rentner wird erhöht.

Auf die Sozialversicherungen warten neue Herausforderungen. Unsere Sozialversicherungen sollen gemeinsam finanziert werden und den Einkommensausfall ersetzen. Sie dienen der Stimulierung von Arbeit und sollen bei veränderten Arbeitsmarktstrukturen flexibel sein. Sie sollen auf andere Beihilfen und Leistungen abgestimmt sein. Sie sollen von breiten Teilen der Öffentlichkeit getragen werden. Es erfolgt eine umfassende Überprüfung der Sozialversicherungen.

### **Zweitens: Kinder, Kinderfamilien und Jugendliche – unsere Zukunft**

Schweden soll der Kinderkonvention der UNO gerecht werden. Im Jahr 2006 soll eine Milliarde für Reformen absesetzt werden, die finanziell schlecht gestellten Kinderfamilien direkt zugute kommen sollen. Die Unterhaltsbeihilfe wird verbessert. Der für Kinderfamilien vorgesehene Teil der Wohnungszulage wird erhöht. Eine Kinderzulage für Studierende wird eingeführt. Die Aufnahme von Kindern, die sich um Asyl bewerben, wird verbessert.

Die Wahlversprechen an die Kinderfamilien des Landes sollen erfüllt werden. Ab 2006 wird das Kindergeld und das Mehrkindergeld erhöht. Mehrkindergeld wird bereits ab dem zweiten Kind gewährt. Das Limit der Elternversicherung wird am 1. Juli 2006 erhöht.

Im nächsten Jahr wird die Arbeit eingeleitet, 6 000 Personen mehr in der Vorschule einzustellen. Die Größe der Kindergruppen kann damit vermindert und die Qualität erhöht werden. Der Plan von 15 000 neuen Lehrern und anderen Erwachsenen in der Schule wird weiter verfolgt. Deutliche Verstärkungen werden vorgenommen für Schüler des individuellen Programms in der Gymnasialschule. Eine neue Lehrlingsausbildung wird eingeführt. Zusammen mit der Industrie und den öffentlichen Arbeitgebern will die Regierung in jeder Region attraktive, moderne Gymnasialausbildungen schaffen.

Die Regierung wird in Kürze ein gesammeltes Handlungsprogramm für die Verstärkung der Stellung Jugendlicher in der Gesellschaft vorstellen. Neue Maßnahmen werden vorbereitet, um mit Unterstützung der Tarifpartner Jugendliche schneller auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu lassen. Die Regierung wird untersuchen, ob staatliche Beihilfeformen eingeführt werden können, die es Jugendlichen erleichtern, eine eigene Wohnung zu kaufen oder zu mieten.

Unterschiedliche Bedingungen beim Aufwachsen sollen nicht zu einer ungleichen Verteilung der Ressourcen für Kultur und kulturelle Ausdrucksformen führen. Das landesweite Kulturangebot für Kinder wird geprüft und weiter entwickelt. Die museumspädagogischen Maßnahmen für regionale Museen werden institutionalisiert. Freier Eintritt wird für weitere 16 staatliche Museen eingeführt.

### **Drittens: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Die offene Arbeitslosigkeit soll unter vier Prozent zurückgedrängt werden. Das Ziel ist Vollbeschäftigung.

Das Programm der Regierung ist eine Ganzheit. Maßnahmen zur Anhebung der Beschäftigung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit werden parallel ergriffen.

Soll die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden, sind stabile Staatsfinanzen, niedrige Inflation und ein robustes Unternehmensklima gefordert. Finanziell bedrängte Kommunen und Provinziallandtage müssen vorhandenes Personal behalten können und Neueinstellungen einleiten. Breite Einsätze sind auch notwendig, damit die vielen Menschen, die heute arbeitslos oder krankgeschrieben sind, wieder einen Arbeitsplatz finden. Eine Reihe von Steuerveränderungen werden durchgeführt. Zusammen führen diese Maßnahmen zu einer Stärkung der Inlandsnachfrage und zu einer verbesserten Triebkraft für Arbeit.

Die Arbeitsmarktpolitik wird nächstes Jahr kräftig verstärkt. 20 000 neue Plätze werden in den Programmen geschaffen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist halbiert worden. Die Einsätze für Jugendliche werden weiter verstärkt. Eine Reformierung der Einführung neu angekommener Zuwanderer wird vorbereitet. Mehr Praktikumsplätze werden geschaffen. Eine bessere Beurteilung am Arbeitsplatz der beruflichen Qualifikation wird im Herbst eingeleitet.

Ein weiterer Schritt wird im nächsten Jahr getan betreffend die Rückzahlung an die Arbeitnehmer als Kompensation für die Eigenabgaben, die im Zusammenhang mit der Budgetsanierung erhoben wurden. Der Steuerfreibetrag wird erhöht, ebenso die Schichtgrenze. Die Steuerveränderungen kommen in erster Linie Menschen mit niedrigem Einkommen zugute.

\*\*\*

Herr Präsident!

Während des letzten Legislaturjahres haben die Wachstumsfragen das öffentliche Gespräch und die politische Tagesordnung dominiert.

Die Erfahrungen von den Wachstumsgesprächen sind gut. Das war eine Art, Sammlung und Einigkeit in für die Nation entscheidenden Fragen zu erzielen, ein Modell, das auch in der kommenden Arbeit benötigt wird.

Die Einsicht wurde gestärkt: Gerechtigkeit und Wachstum sind Voraussetzungen für einander. Es ist kein Zufall, dass Schweden, zusammen mit anderen nordischen Wohlfahrtsstaaten, im internationalen Vergleich in bezug auf sowohl Lebensstandard als auch Wachstumsvoraussetzungen an der Spitze steht.

Dank einer verantwortungsvollen Politik in den vergangenen Jahren haben wir eine gute Ausgangslage. Die gute Entwicklung soll genutzt werden. Schweden soll noch stärker dastehen, wenn die Konjunktur das nächste Mal absinkt.

Das Gespräch über Wachstum wird nun zu Handlung.

Die Bedingungen für Unternehmen und Wirtschaft werden verbessert. Die Reformierung der 3:12-Regeln wird weiter verfolgt. Die Vermögenssteuer wird verändert, Erb- und Schenkungssteuer werden abgewickelt. Die meisten Kapitalsteuerveränderungen werden durch andere Steuerveränderungen im Unternehmenssektor finanziert.

Breite Einsätze in bezug auf Unternehmertum, Innovation und Forschung werden betrieben. Ein innovationspolitischer Rat, geleitet vom Wirtschaftsminister, wird eingerichtet.

Im Rahmen der Infrastrukturpläne wird ein größeres Straßen- und Eisenbahnprojekt gestartet. Im kommenden Jahr erhalten u.a. die E6 im nördlichen Bohuslän, der Mälartunnel, die Botniabahn, die Landstraße 73 nach Nynäshamn und die E 18 Adolfsberg-Lekhyttan den Vorrang. Sobald der Planungsprozess abgeschlossen ist, können auch die Arbeiten mit der Landstraße 45 in Västra Götaland eingeleitet werden.

Der Ausbau von Straßen, Gleisen, 3G und Breitband, sowie Hochschule und Distanzausbildung legen einen wichtigen Grund für die regionale Entwicklung. Die Mitthochschule wird am 1. Januar 2005 zur Universität. Besondere Forschungsressourcen werden der Universität zur Verfügung gestellt.

Der Wohnungsbau ist ordentlich in Gang gekommen. Das Ziel der Regierung von 30 000 neuen Wohnungen pro Jahr liegt in Reichweite. Ein Baukoordinator wird gemeinsam von Bau-, Immobilien- und Anlagesektor ernannt, um Wettbewerb, Qualität und Umweltbewusstsein zu stärken.

Einsichtnahme und Einfluss der Aktionäre über Gehälter und andere Vergütungen an Führungskräfte u.a. in börsennotierten Gesellschaften und Versicherungsgesellschaften sollen erhöht werden. Der Kampf gegen gesetzeswidrige Kartelle wird fortgesetzt. Ein breites Maßnahmenpaket gegen Steuerbetrug und Schwarzarbeit wird durchgeführt.

Der Wille und das Vermögen aller Menschen zu Arbeit soll wahrgenommen werden. Das Erwerbsleben muss menschlicher gestaltet werden. Der Kampf gegen die Ungesundheit wird fortgesetzt. Die Teilfinanzierung der Krankengeldkosten durch die Arbeitgeber wird verändert. Breite Einsätze werden getätigt, um die Integration der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt und die Möglichkeit der Behinderten zu Arbeit zu erhöhen.

Nahezu jeder fünfte Einwohner in Schweden hat einen Elternteil, der nicht hier geboren ist. In einer globalen Welt stellt dies einen großen Mehrwert dar. Der Diskriminierung muss ein Ende bereitet werden – ganz gleich ob sie aus Gründen des Geschlechts, der Ethnizität, sexueller Veranlagung oder körperlicher Behinderung erfolgt. Zur Information über die neuen Diskriminierungsgesetze wird eine Bildungskampagne durchgeführt.

\*\*\*

Schweden hält Spitzenpositionen, die es auszubauen gilt.

Es handelt sich um Forschung und Lehre, IT und Biotechnik, Automobilindustrie, Design, Gleichstellung, Umweltschutz und um die von der Basisindustrie verarbeiteten Produkte.

Schweden soll eine führende Forschungsnation sein. Die Grundforschung wird intensiviert und die Forscherausbildung ausgebaut. Die sozial bedingte Verzerrung bei der Rekrutierung für die höhere Ausbildung wird bekämpft. Die Möglichkeiten einer Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen werden gestärkt, die Universitäten und Hochschulen sollen Nutzen ziehen können aus dem erwirtschafteten Ertrag. Eine forschungspolitische Vorlage wird ausgearbeitet. Der Staat trägt weiterhin eine große Verantwortung für eine moderne Erwachsenenbildung.

Die Exportförderung wird gestärkt. Den Wirtschaftsbeziehungen zu den USA wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es erfolgt eine Vermarktung der schwedischen Gestaltung und des schwedischen Designs im Ausland. 2005 wird zum Jahr des schwedischen Designs erklärt.

Einige der größten Unternehmen Schwedens sind in Branchen tätig, in denen Investitionen in Forschung und Entwicklung für den internationalen Erfolg von entscheidender Bedeutung sind. Die Regierung beabsichtigt, Vertreter aus der Wirtschaft und den Gewerkschaftsorganisationen für eine Übersicht der Voraussetzungen für die IT- und Telekombranchen sowie für die Biotechnik- und Arzneimittelbranchen einzuladen.

Angesichts der vielen schwedisch-finnischen Firmenfusionen wird die industriepolitische Zusammenarbeit zwischen Schweden und Finnland vertieft. Ein finnisch-schwedischer Gipfel findet Anfang nächsten Jahres statt.

Die Basisindustrie bildet das Rückgrat der schwedischen Industrie. Die Vertreter aus der Basis- und Maschinenbauindustrie werden aufgefordert, gemeinsam ein Programm zur Entwicklung der Führungsposition Schwedens in den Bereichen Holz- und Forstwirtschaft, Metallurgie und Automobilindustrie auszuarbeiten.

Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumsmöglichkeiten von Saab in Trollhättan werden umgesetzt. Eine Gruppe von Staatssekretären wird sich in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmen, den Gewerkschaften und der Kommune dafür einsetzen, dass Trollhättan auch weiterhin ein wettbewerbsfähiges Zentrum für die Produktion und Entwicklung von Kraftfahrzeugen sein wird.

Maßnahmen zur Veredelung des schwedischen Rohstoffs Wald werden umgesetzt. Maßnahmen gegen Waldaufkäufe zur übermäßigen Abholzung von Waldflächen werden vorgelegt. Für eine bessere Nutzung des staatlichen Grundbesitzes und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in dünnbesiedelten Gebieten wird der Auftrag an Sveaskog erweitert und umfasst nun auch den Naturtourismus.

Die schwedische Agrarwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie bieten Arbeitsplätze und liefern den Verbrauchern hochqualitative Nahrungsmittel. Sichere Lebensmittel, eine gute Tierhaltung und Umweltschutz erhalten Vorrang. Der Steuersatz für Dieselöl für land- und forstwirtschaftliche Maschinen wird gesenkt. Die Rentabilität wird verbessert.

Seit zehn Jahren hat Schweden eine von Gleichstellung geprägte Regierung. Wir warten weiterhin gespannt auf eine ähnliche Entwicklung in der schwedischen Wirtschaft.

Besondere Maßnahmen zur Gleichstellung in den Vorschulen werden vorgeschlagen. Die nicht akzeptable Anwendung des Erziehungsurlaubs als Kündigungsfrist muss aufhören. Starke kommerzielle Interessen verbreiten

sexualisierte Frauenbilder und exponieren beide Geschlechter voller Vorurteile. Das erschwert die Gleichstellungsarbeit und muss bekämpft werden. Gewalt aufgrund von Ehrverletzungen fordert weiterhin Maßnahmen. Ein nationaler Aktionsplan gegen Prostitution und Handel mit Frauen und Kindern befindet sich in Vorbereitung.

Schweden macht sich stark für die internationale Gleichstellungsarbeit in der EU und der UNO.

\* \* \*

Herr Präsident!

Die früher von uns wahrgenommenen Bedrohungen waren häufig solche, die von außen kamen und von anderen Ländern gegen unseren Staat gerichtet wurden. Diese Art der Bedrohungen ist nahezu verschwunden.

Gleichzeitig haben sich andere, innere Bedrohungen eingeschlichen. Sie befinden sich in unserem eigenen Land, in unserem Alltag. Die Kriminalität in Schweden verändert sich, wird gröber und ist international vernetzt.

Aufgrund des veränderten äußeren Drohbilds wird die Umstellung der militärischen Verteidigung fortgesetzt. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die Auswirkungen für die betroffenen Orte zu mildern.

Im Zuge der Freisetzung von Mitteln durch den Abbau der Verteidigung werden die Ressourcen umgeleitet, um auf breiter Front für die inneren Bedrohungen gewappnet zu sein. Ein Dreijahresprogramm wird vorgelegt.

**Bekämpfung der Kriminalität.** 4000 neue Polizisten werden im Laufe der Legislaturperiode ausgebildet und eingestellt. Die Nahbereichspolizei und die Präventivarbeit werden intensiviert. Die Bekämpfung der groben Wirtschaftskriminalität und des Schmuggels von Menschen, Waffen und

Drogen wird weiter ausgebaut. Der schwedische Sicherheitsdienst erhält Mittel zur Verstärkung des Personenschutzes. Staatsanwälte und Gerichte erhalten zur schnelleren Behandlung von Fällen mehr Ressourcen. Der zeitliche Aspekt ist insbesondere dann wichtig, wenn Jugendliche Gewalttaten begehen oder ihnen zum Opfer fallen.

**Stärkung des Strafvollzugs.** Schweden soll über einen humanen und effizienten Strafvollzug verfügen, der den gestellten Sicherheitsanforderungen gerecht wird. Dem Platzmangel soll durch Baumaßnahmen Abhilfe geschaffen werden und die Individualisierung soll zunehmen. Gute Behandlungsformen zur Verringerung eines Rückfalls in die Drogenabhängigkeit und Kriminalität sollen entwickelt werden. Die Sicherheit wird gestärkt. Eine neue Anstalt mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen wird vorbereitet.

**Bekämpfung von Alkoholmissbrauch und Drogen.** Die an Jugendliche, Eltern und andere Erwachsene gerichtete Präventivarbeit setzt im Rahmen der nationalen Aktionspläne gegen Alkohol und Drogen fort. Die Betreuung von Drogenabhängigen erhält weitere Ressourcen. Die Maßnahmen zur Rehabilitation von Drogenabhängigen werden intensiviert. Das Ziel der drogenfreien Gefängnisse wird weiterhin verfolgt. Dem rasch anwachsenden Grenzhandel mit Verbindungen zur Kriminalität muss Einhalt geboten werden.

**Unterstützung vorbeugender Maßnahmen.** Verbrechen müssen bekämpft werden, aber auch die Ursachen von Verbrechen. Erfolgreiche vorbeugende Aktivitäten für Jugendliche, die ein Abdriften in Kriminalität, Missbrauch oder soziale Ausgrenzung riskieren, werden unterstützt. Schulen in segregierten und sozial benachteiligten Gebieten erhalten mehr Mittel, um ihre Einsätze weiterführen zu können.

Die offene demokratische Gesellschaft ist verletzlich.

Für viele gemeinnützige Einrichtungen, von der Information bis zur Reaktorsicherheit, ist ein stärkeres Sicherheitsbewusstsein notwendig. Katastrophen und andere extreme Situationen können eine dramatische Bedrohung grundlegender Werte in der Gesellschaft darstellen und umfassende Konsequenzen für Leben und Gesundheit der Bevölkerung, Umwelt und Wirtschaft nach sich ziehen.

Im Laufe des Jahres werden neue Entwürfe zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft bei Krisen und Terroranschlägen ausgearbeitet. Ein spezieller Beauftragter wird mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu Einsätzen von militärischen Ressourcen zur Unterstützung der Polizei bei größeren Angriffen auf unsere Demokratie beauftragt. Die Ausrichtung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit wird überprüft.

Die Demokratie darf nie als Selbstverständlichkeit angesehen werden.

Ein neuzeitliches gesellschaftliches Engagement, insbesondere das Interesse der jungen Generation für globale Fragen, muss von den Volksbewegungen, Bildungseinrichtungen und politischen Parteien aufgefangen werden. Die Zusammenarbeit mit der Sportbewegung ist erfolgreich und wird fortgesetzt.

Der schwedische Nationalfeiertag soll mit Stolz und Freude von den neuen und alten Schweden begangen werden. Der sechste Juni wird ab 2005 allgemeiner Feiertag.

Schweden soll eine moderne Verfassung haben. Im Herbst wird eine neue Verfassungskommission ihre Arbeit aufnehmen und die Spielregeln der Demokratie einer Überprüfung unterziehen.

\* \* \*

Der grüne Wohlfahrtsstaat wird gebaut.

Es ist die Vision eines ökologisch nachhaltigen Schwedens, in dem Gesundheit, Umwelt und Wohlfahrt gefördert werden, während wir gleichzeitig einen besseren Beitrag für mehr Solidarität und eine gerechtere Verteilung der Ressourcen in der Welt leisten.

Die Bereitschaft, die Gesellschaft in eine ressourceneffiziente Richtung umzulenken und zu modernisieren, wird eine Welle von technischen Innovationen und Investitionen nach sich ziehen und zu mehr Wachstum führen.

Die Regierungspolitik für eine nachhaltige Entwicklung wird gestärkt und breiter gestaltet.

**Entwicklung einer koordinierten Klima- und Energiepolitik.** Das staatliche Unternehmen Vattenfall wird eine führende Rolle übernehmen bei der Umstellung auf erneuerbare Energien. Die an den Programmen zur Energieeffektivisierung teilnehmenden energieintensiven Industriebetriebe erhalten die Möglichkeit eines Steuernachlasses. Der staatliche Zuschuss an die Kommunen für Investitionen im Klimabereich wird verstärkt. 2006 werden Land- und Meeresgebiete zum Ausbau der Windkraft ausgewiesen werden. Öffentliche Betriebe sollen als Vorbild dienen. Investitionen, die Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken und andere öffentliche Gebäude energieeffizienter machen, werden gefördert. Das Zertifikatsystem für erneuerbare Energien (RECS) wird zur Anhebung des Anteils an der regenerativen Stromerzeugung weiterentwickelt. Der Handel mit Emissionsrechten wird zu einem starken Steuerungsinstrument beim Abbau der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Schweden und in der EU. Die Stellung der Kunden auf den Märkten für Strom, Erdgas und Fernwärme wird gestärkt.

**Erneuerung des Transportsystems.** Das klimapolitische Ziel Schwedens muss erreicht werden. Die Besteuerung von Benzin und Diesel wird angehoben, das gleiche gilt für die Kraftfahrzeugsteuer bei Personenkraftwagen und Kleinlastern. Die Infrastruktur für den Verkauf

alternativer Treibstoffe wird verbessert. Die steuerliche Befreiung bei Biotreibstoffen und anderen erneuerbaren Treibstoffen setzt fort. 2005 sollen Umweltfahrzeuge einen Anteil von mindestens 25 Prozent aller staatlichen, neu erworbenen Fahrzeuge ausmachen. Schweden setzt sich in der EU aktiv für eine treibstoff- und umweltdifferenzierte Kilometersteuer beim Schwerverkehr ein.

**Stärkung des Umweltschutzes.** Langlebige, die Gesundheit und Umwelt schädigende Substanzen sollen abgebaut werden. Das Tempo bei der Sanierung von verschmutztem Erdreich wird beschleunigt. Schweden macht sich für eine stringente Chemikalienstrategie in der EU stark. 2005 werden 1,7 Milliarden Kronen zur Erhaltung der Artenvielfalt aufgewendet. Besondere Einsätze zur Wahrung der biologischen Werte in Seen und Flüssen werden durchgeführt. Maßnahmen erfolgen auch für ortsnahe Naturgebiete. Eine Strategie für einen langfristigen Schutz unserer Meeresumwelt wird vorgestellt. Maßnahmen zum Schutz der Ostsee werden gemeinsam mit den übrigen Ostseeanrainerstaaten erarbeitet. Im Meeresbereich werden weitere Schutzgebiete ausgewiesen. Die Entschädigung für die von Tankschiffen verursachten Ölschäden wird verbessert. Vorschläge für eine bessere Fischereikontrolle werden vorgelegt.

Eine Milliarde Kronen im Rahmen der erweiterten Entwicklungshilfe werden zweckgebunden für Umweltmaßnahmen aufgewendet. Einsätze erfolgen in den Bereichen, in denen Schweden einen guten Stand hat und wertvolle Beiträge leisten kann. Auf diese Weise verbinden wir sowohl in Schweden als auch in unseren Partnerländern Solidarität, ökologische Rücksicht und Wirtschaftswachstum miteinander.

\* \* \*

Herr Präsident!

Die großen Herausforderungen der Zukunft sind global.

Ökonomien und Märkte sind stark ineinander verflochten.

Die Gesellschaftsprobleme sind immer mehr grenzüberschreitend.

Unternehmen rekrutieren ihre Arbeitskraft über die Grenzen. Die Kriminalität wird internationalisiert. Gifte werden durch Wind und Strömungen verbreitet, aber auch in Waren auf einem globalen Markt.

In einer Zeit, wo der Nationalstaat zu klein geworden ist, um die Fragen der Gegenwart und die Alltagsprobleme der Menschen zu lösen, muss auch die Demokratie grenzüberschreitend werden.

Die EU ist ein Ausdruck des politischen Willens, ein demokratisches Gegengewicht zu den Marktkräften zu bilden. Ein Ausdruck für den Willen der Länder zur Zusammenarbeit, um sich den gemeinsamen Problemen zu stellen.

Der neue EU-Vertrag bestätigt die Ordnung einer hauptsächlich zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Ein Konsultationsverfahren auf breiter Ebene wird durchgeführt, bevor der Reichstag zum Vorschlag Stellung bezieht.

In einigen Monaten kann Schweden seine zehnjährige Mitgliedschaft in der EU feiern.

Wir können stolz sein auf den Beitrag, den wir in der EU geleistet haben. Vollbeschäftigung, mehr Gleichstellung und eine ökologisch nachhaltige Entwicklung sind Ziele, die Schweden vorangetrieben hat.

Eine unserer wichtigsten Vertreterinnen bei dieser Arbeit war Anna Lindh. Vor drei Tagen wurde ihrer gedacht. Anna Lindh war auch stark engagiert in der Arbeit zur Beendigung der Aufteilung Europas in Ost und West.

Die Erweiterung der EU setzt fort. Bulgarien und Rumänien werden in ihrem Bestreben unterstützt, 2007 der EU beizutreten. Ein Programm zur Stärkung

der Beziehungen zur türkischen Gesellschaft wird in die Wege geleitet. Durch die Verhandlungsbereitschaft helfen wir der Türkei bei der Stärkung der Menschenrechte im eigenen Land, dies gilt insbesondere für die kurdische Minderheit. Der von den Balkanstaaten eingeschlagene Weg zum Beitritt wird unterstützt.

Die Zusammenarbeit in EU-Fragen zwischen den nordischen und baltischen Ländern wird weiter entwickelt. Der Dialog mit Russland wird vertieft und die Kontakte mit den Nachbarstaaten der EU wie der Ukraine und den Kaukasusländern werden intensiviert.

Die Agrarpolitik der EU muss reformiert werden, die Regionalpolitik muss die neuen Mitgliedstaaten zum Schwerpunkt haben. Deshalb setzt sich die Regierung gemeinsam mit anderen Nettobeitragszahlern für eine Beibehaltung der Ausgabengrenze der EU ein.

Schweden arbeitet dafür, dass die EU eine größere Verantwortung bei globalen Schicksalsfragen und für eine europäische Handelspolitik trägt, die dem Wachstum dient und dazu beiträgt, dass die Ausgrenzung der ärmsten Länder in der Weltwirtschaft durchbrochen wird.

Die Verantwortung für Koordinierung der EU-Fragen wird vom Außenministerium auf die Kanzlei des Ministerpräsidenten übertragen.

\* \* \*

Wir haben allen Grund, auf Schweden stolz zu sein, doch wir geben uns nicht zufrieden.

Es ist an der Zeit, neue Schritte zur Stärkung von Gerechtigkeit und Sicherheit zu unternehmen, um Schweden zu einem Land mit besseren Lebensbedingungen für die Menschen zu machen.

So lange die Sicherheit nicht für alle gilt, so lange noch ein Quäntchen Ungerechtigkeit herrscht, so lange hat eine sozialdemokratische Regierung eine selbstverständliche Aufgabe zu erfüllen.

Das Ziel, die Vision, lässt sich in vielfältiger Weise ausdrücken.

Lassen Sie mich dies zum Abschluss mit einem Zitat von Olof Palme aus der Debatte der Parteivorsitzenden im Februar 1986 illustrieren:

*„Wenn die materielle Unsicherheit nicht ständig ihren Schatten auf das Leben der Menschen wirft, bleibt Raum für andere Werte. Die allgemeine Wohlfahrt bringt Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit. Sie beseitigt die Unruhe über vieles, was unerwartet eintreffen und unser Leben und unsere Träume zerschlagen kann.*

*Wir können leichter atmen. Wir können uns umsehen. Der Wille zur Eroberung der Welt, zur Bündelung der Kräfte, um Einfluss zu nehmen und um zu verändern, erwacht. Wir wollen entdecken und erneuern. Wir haben die Kraft uns einzusetzen, auch wenn alle Anzeichen auf ein Gelingen schwach sind. Wir werden vom Hellen und vom Guten angezogen.*

*Zeit und Kraft werden freigesetzt, um andere Menschen zu entdecken, eine positive Abhängigkeit von einander, geprägt von Kameradschaft, Fürsorge und Zusammenarbeit, aufzubauen. Sicher und von lähmender Angst und Unruhe befreit, können wir die Lebenslust in uns und von Mensch zu Mensch wachsen und sich verbreiten lassen.“*